

Beschluss Solidarität mit der Wasserbesetzung in der Grünheide: Tesla stoppen!

Gremium:	Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Berlin 2024
Beschlussdatum:	03.03.2024
Tagesordnungspunkt:	4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Berlin, stehen solidarisch mit den Aktivist*innen der
2 Wasserbesetzung in der Grünheide. Tesla gefährdet aus kapitalistischen
3 Profitinteressen unser Trinkwasser, unser Klima und die Arbeiter*innen in seinen
4 Fabriken.

5 Wir stehen zusammen gegen Teslas Pläne die sogenannte "Gigafactory" zu
6 vergrößern und dafür über 100 ha Wald in einem Trinkwasserschutzgebiet zu roden.
7 Teslas Gigafactory gefährdet bereits jetzt das Grundwasservorkommen und die
8 Qualität des Trinkwassers in Brandenburg und somit auch unser Trinkwasser in
9 Berlin. Brandenburg ist bundesweit das Land mit der höchsten
10 Waldbrandgefährdung. Wir haben das die letzten trockenen Sommer bereits erlebt:
11 einem bereits gefährlich trockenem Gebiet Grundwasser zu entnehmen ist
12 wortwörtlich brandgefährlich.

13 Für die Vergrößerung des Werkes ist zudem ein neues Gaskraftwerk geplant. Die
14 Anwohnenden haben sich in einer Bürger*innenbefragung gegen die Vergrößerung des
15 Werkes ausgesprochen. Tesla ignoriert die Bedürfnisse der Anwohnenden vor Ort
16 und stellt stattdessen seine Profitinteressen in den Vordergrund. Damit darf
17 Tesla nicht durchkommen! Die Auswirkungen auf das Klima werden einfach
18 ignoriert. Investitionen in fossile Energieträger befeuern die Klimakrise!

19 Die Klimakrise lässt sich nicht durch die Herstellung von noch mehr
20 Batteriezellen und teuren E-Autos lösen, denn die Klimakrise hat System: den
21 Kapitalismus. Die Herstellung der Batteriezellen beruht auf der Ausbeutung von
22 natürlichen Rohstoffen im globalen Süden und verstärkt neokoloniale Strukturen.
23 Eine soziale Verkehrswende und die Bekämpfung der Klimakrise kann nicht über den
24 privaten Konsum oder durch Wettbewerb gelöst werden. Unendliches Wachstum auf
25 einem endlichen Planeten ist nicht möglich.

26 Tesla beutet nicht nur die Natur, sondern auch die Arbeiter*innen in seinen
27 Fabriken aus. In Tesla Werken häufen sich Berichte zu überdurchschnittlich
28 vielen Arbeitsunfällen und hohen Krankenstände. Zudem boykottiert Tesla die
29 Gründung von Gewerkschaften. Wir stehen solidarisch mit den Beschäftigten und
30 befürworten die gewerkschaftliche Organisierung.

31 Als Grüne Jugend Berlin stehen wir

32 - gegen die Vergrößerung der Gigafactory

33 - gegen Investitionen in fossile Energieträger

34 - gegen die Rodung von Wäldern

35 - für den Schutz und die unabhängige Kontrolle von Grundwasser

36 - für eine soziale Verkehrswende, die sich alle leisten können

- 37 - für gewerkschaftliche Organisierung und den Arbeitsschutz der Arbeiter*innen
38 in der Gigafactory
- 39 Aus vergangenen Besetzungen wissen wir - Häufig werden sie gewaltsam von der
40 Polizei geräumt. Polizeigewalt darf nicht toleriert werden. Als GRÜNE JUGEND
41 Berlin stehen wir solidarisch an der Seite der Aktivist*innen und fordern die
42 Politik auf, den Protest ernst zu nehmen, den Aktivist*innen zuzuhören und auf
43 ihre Forderungen einzugehen.
- 44 Lasst uns zusammen Tesla stoppen!

Begründung

Am 28.02.2024 wurde die Grünheide in Brandenburg besetzt. Die Besetzung hat erst nach der Antragsfrist begonnen. Als Grüne Jugend Berlin wollen wir die Besetzung nicht nur auf der Straße und durch das Organisieren von parlamentarischer Beobachtung unterstützen, sondern das Anliegen auch in unsere Strukturen tragen und eine Position beschließen.

Hier findet ihr mehr Infos zu den Hintergründen der Besetzung und eine riesige Sammlung von weiterführenden Links: <https://teslastoppen.noblogs.org>

Beschluss Bezahlkarten: Populismus auf dem Rücken von Geflüchteten tragen wir nicht mit!

Antragsteller*in: Elina Schumacher, Tariq Kandil

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Gegen Rechts hilft nicht selbst nach Rechts zu rücken:

2 Wir, die Grüne Jugend Berlin, lehnen die Einführung von Bezahlkarten für
3 Geflüchtete ab. Nach GEAS und dem RückVG ist diese eine weitere von den Grünen
4 mitgetragene Verschärfung, die Menschen marginalisiert, bevormundet und unter
5 Generalverdacht stellt.

6 Die Debatte rund um die Bezahlkarte konstruiert Probleme wo keine sind auf dem
7 Rücken von Geflüchteten. Bezahlkarten stigmatisieren Menschen. Es gibt keine
8 faktische Grundlage hinter der Behauptung, dass Geflüchtete Geld in ihre Heimat
9 schicken und auch keine vernünftige Antwort auf die Frage, warum das überhaupt
10 ein Problem sein sollte. Mit einer klaren Kante gegen Rechts hat die Einführung
11 von Bezahlkarten nichts zu tun.

12 Bezahlkarten machen das Leben teurer, denn an vielen Orten, die darauf ausgelegt
13 sind, besonders günstige Angebote zu machen, kann nicht mit Karte bezahlt
14 werden, wie bei den Tafeln, oder auf Flohmärkten und in Sozialkaufhäusern.

15 Die Realität ist, dass Kommunen schon heute in der Lage sind, diese rassistische
16 und klassistische Politik eigenständig umzusetzen. Dass Bezahlkarten nicht schon
17 jetzt bundesweit eingesetzt werden, liegt u.a. am bürokratischen Aufwand hinter
18 den Bezahlkarten, der Kommunen finanziell und personell belastet. Eine
19 Neuregelung hierzu auf Bundesebene hat nichts mit tatsächlichen
20 Unterstützungsbedarfen der Kommunen und Ländern zu tun. Wir lehnen auch die von
21 der Union geforderte Einführung von Bezahlkarten für arbeitslose Menschen und
22 Menschen in der Obdachlosigkeit ab. Auch hier ist klar, dass die Bezahlkarten
23 keine Probleme lösen, sondern Stigmatisierung und Marginalisierung verstärkt.

24 Wer auf Bezahlkarten pocht, hat die Lektion noch nicht gelernt: Schon in den
25 90er Jahren betrieb die CDU stigmatisierende Politik. Als Bezahlkarten damals in
26 Berlin eingeführt wurden, nutzten viele Einzelhändler*innen die Not der
27 Geflüchteten aus, um deren Guthaben gegen Geld zu wechseln; oft mit absurden
28 Margen. Ab 2016 wurde in Erding erneut durch die Einführung von Bezahlkarten die
29 Freiheit von Geflüchteten eingeschränkt, jedoch kam es oft zu tagelangen
30 technischen Störungen, sodass auch dieses Konzept nach der Pleite des
31 Zahlungsdienstabwicklers ruhen gelassen wurde.

32 Für uns ist klar: Es ist nicht hinnehmbar, dass ausgerechnet Menschen, die oft
33 Arbeitsverboten unterliegen, weniger als Bürgergeldempfänger*innen bekommen und
34 ohnehin schon Traumata bewältigen müssen und Rassismus ausgesetzt sind, für
35 politische Angstmache herhalten müssen. Das ist menschenverachtend.

Begründung

Robert Habeck hat am 29.02.2024 und somit nach der Antragsfrist mit folgender Begründung den Grünen Widerstand gegen die Bezahlkarte aufgegeben: "Die Bezahlkarte ist sinnvoll, um zu verhindern, dass Geld ins Ausland überwiesen wird. Entsprechend wird der Formulierungshilfe für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Gesetzesgrundlage für die Bezahlkarte zugestimmt." Das ist einfach nur Quatsch und hat mit grüner Politik und der Lebensrealität von Geflüchteten nichts zu tun.